

## Der Rohstoffbezug nach dem Kriege.

In der letzten, unter dem Vorsitz des Präsidenten Bergates Mag Ritter v. Gutmann abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellen Klubs bildete die Frage des Rohstoffbezuges nach Friedensschluß den Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Sie wurde vom Präsidenten des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs Sektionschef außer Dienst Dr. S. Brosche eingeleitet, der im wesentlichen ausführte:

Der Plan der Ententemächte, durch Absperrung der Zufuhr die verbündeten Kaiserreiche auszuhungern und ihnen die zur Ausrüstung ihrer Heere erforderlichen Rohstoffe zu entziehen, ist nach jeder Richtung fehlergeschlagen. So sehr nun die Absperrung der Mittelmächte auf das Kriegsziel ganz ohne Einfluß geblieben ist, um so empfindlicher wird sich der Mangel an Rohstoffen nach dem Kriege geltend machen, wenn es sich darum handelt, in normale wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen und die Produktion in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Die größte Schwierigkeit wird hier bei der Erlangung der überseeischen Rohstoffe eintreten, von denen viele in den wichtigsten Zweigen der Industrie die größte Rolle spielen. Für die Industrie entsteht nun die Aufgabe, die drohenden Schwierigkeiten und Gefahren beim Bezug dieser Rohstoffe einzubäumen, um ohne übermäßige Erschütterung in die Friedenswirtschaft hinüberzugleiten. Manche Vorschläge sind ausgetauscht, darunter auch der, die während des Krieges veranlaßte Art der Rohstoffbeschaffung auch noch in der ersten Zeit des Friedens fortzusetzen. Heute liegt die Rohstoffbeschaffung ganz in der Hand des Staates, und dieses System ist durch die Kriegsnot zweifellos gerechtfertigt. Ganz anders aber, wenn der Friede hergestellt sein wird, wenn wir wieder — und das wollen wir — in den freirechtlichen Rechts- und Wohlfahrtsstaat zurückkehren. Die Industrie wird nach dem Kriege wieder auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage stehen wollen, die Freiheit ihrer Betätigung sowie die Unbeeinträchtigung durch staatliche Organe als obersten Grundsatz ansehen und Wert darauf legen, daß ihr die Freiheit der Entscheidung und die Selbstbestimmung vollständig gewahrt bleiben. Allerdings erfordern die außergewöhnlichen Verhältnisse auch Vorkehrungen, bei denen eine Unterstützung des Staates zweifellos notwendig sein wird. Aber im Wesen wird die Industrie in der Lage sein, durch Selbsthilfe, durch freiwillige Organisation hier Wandel zu schaffen. Es hat das moderne Wirtschaftsleben hier eine Wirtschaftsform gefunden, die diese Gefahr beseitigt: das Kartell. Es ist daher für jeden einzelnen Rohstoff die Bildung von Einkaufskartellen zu empfehlen, denen alle anzugehören hätten, die den betreffenden Rohstoff aus Übersee beziehen. Bei gewissen Rohstoffzweigen wird sich auch die Heranziehung des Handels als notwendig erweisen. Es wird nun die Frage zu erwägen sein, ob freie Organisationen oder Zwangskartelle geschaffen werden sollen und ob für diese Kartelle ein Importmonopol bei der Regierung anzustreben ist. Da aber die österreichische Industrie allein auf dem Weltmarkt keine überragende Rolle spielt, ist es das allerwichtigste, daß in diesem Belang ein vollständig harmonisches Vorgehen mit Ungarn und dem Deutschen Reich stattfindet. Ungarn müßte sich uns einfach anschließen, oder, wenn dort sich selbständige Kartelle bilden, müßten sie mit unseren in voller Einstimmigkeit vorgehen. Ein Zusammenschluß mit Deutschland auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung wäre ein viel stärkeres Mittel der so viel besprochenen wirtschaftlichen Annäherung als die zahlreichen anderen Vorschläge. Zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten der Kartelle wird ein Zentralorgan erforderlich sein, das neben anderen Urdingen als wichtigste Aufgabe auch die geeigneten Vorarbeiten bezüglich der Beschaffung der Valuta zu leisten haben wird. Mit Rücksicht darauf wird eine Vertretung der Banken in diesem Zentralorgan notwendig sein. Ein solches schon bestehendes Organ wäre die Kontrollbank, in der sämtliche Großbanken vertreten sind. Neben schloß nach einer Erörterung der Schwierigkeiten, die dem Projekt entgegenstehen, mit den Worten: Die Industrie ist in der Lage, diesen Mechanismus zu schaffen durch Selbsthilfe, Organisation und Disziplin.

Dr. Adolf Drucker, Sekretär des Handelsmuseums, erörterte die Maßnahmen, die während des Krieges zur Beschaffung von Devisen und zur Besserung der Wechselkurse vorgekehrt werden können. Hinsichtlich der Zahlung steht die Rohstofffrage vor der Aufgabe, Methoden der Finanzierung zu schaffen, die die Herstellung der Valuta nicht stören, das heißt, den Goldschatz der Notenbank womöglichst nicht oder nur wenig in Anspruch nehmen und den Notenumlauf nicht vergrößern, weiter die Mobilisierung der im Industriebesitz stehenden Bestände an Kriegsanleihe ohne den Weg des Lombards oder des Massenverkaufs ermöglichen. Zur Erfüllung auch dieser Aufgaben zeigt sich die Fortführung desselben Gedankens organisierter Selbsthilfe erwägenswert, die hier schon zur Sicherung der Rohstoffbezüge empfohlen wurde. Als finanzieller Ueberbau über den vorgeschlagenen Rohstoffkartellen soll eine von den Großbanken, großen Syndikaten und Rohstoffsyndikaten geschaffene Bank zur Finanzierung der Rohstoffbezüge ins Leben gerufen werden. Diese Bank übernimmt von den Rohstoffsyndikaten Obligationen, fundiert auf deren Besitz an Kriegsanleihe und gibt auf der Basis dieser Obligationen sowie ihres eigenen Besitzes an Kriegsanleihe Goldobligationen im Auslande aus. Wenn die Rohstoffsyndikate die gesamte österreichische Industrie in verschiedenen Gruppierungen verkörpern, so würde die zu schaffende Bank, die auf diesen Rohstoffsyndikaten aufgebaut ist, kraft dieses Aufbaues und ihrer Entstehung aus der Beteiligung der österreichischen Großbanken und Syndikate dem Auslande mit der ganzen Kraft der österreichischen Volkswirtschaft gegenüberstehen und für ihr Goldobligationen, denen ihre Fundierung überdies das Giro des Staates gibt, mindestens denselben Kredit beanspruchen und finden, den etwa der Staat für sein Valutaanleihen in Anspruch nehmen wird. Mit den auszugebenden Goldobligationen beschafft die Bank die Devisen zur Zahlung der Rohstoffe, ohne Inanspruchnahme des Goldschatzes der Notenbank und der Notenpresse. Zudem sie die Möglichkeit hat, auf der Basis der pupillar-

ausgegebenen Obligationen auszugeben, ermöglicht sie es der Industrie und den Banken, ihre Bestände an Kriegsanleihe ohne Lombard und Verkauf zu mobilisieren.

Sektionschef R. Riedl des Handelsministeriums führte aus, daß die Sicherung der nötigen Rohstoffe und die Beschaffung der Valuta von der Regierung erstlich erwogen werde. Auch müsse der für den Transport erforderliche Schiffsräum nach dem Kriege gesichert werden. Es handle sich darum, unseren Bedarf an Rohstoffen den vorhandenen Bezugsmöglichkeiten entsprechend einzuschränken. Die Wiederaufnahme des jetzt unterbundenen Handelsverkehrs in Halb- und Ganzfabrikaten mit dem Ausland werde gleichfalls einer besonderen Regelung bedürfen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sei eine Organisation der Industrien notwendig, die nur unter Mitwirkung der Industriellen zustande gebracht werden könne. Hierbei müssen die administrativen und kaufmännischen Funktionen getrennt und die Organisationen den Bedürfnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden; der staatliche Zwang habe ergänzend einzugreifen. Die ganze Arbeit sei unter Vermeidung der Doppelverwaltung, doch unter Führung der Regierung zu vollbringen.

Generaldirektor Edgar Ritter v. Benzig-Franz vertrat die Anschauung, daß eine Selbstbeschaffung für die Rohstoffbedürfnisse der Industrie nur auf dem Wege möglich sei, daß unsere Großbanken gemeinsam mit den großen deutschen Bankkonzernen uns Kredit in Amerika erwirken. Auch müßte dort eine Einigung erreicht werden, bis wir durch den Export wieder zu Valuta gelangen, eventuell durch eine Valutaanleihe. Es wird auch ein Unterschied zwischen alten und neuen Valutaschulden zu machen sein. Was nun den Einkauf der Rohstoffe anlangt, empfiehlt Redner die Schaffung einer Friedensrohstoffabteilung im Handelsministerium, die die großen Hauptfragen zu lösen, den wirklichen Rohstoffbedarf der jeweiligen Gesamtindustrie zum Beispiel für ein Betriebsjahr und damit den Valutabedarf sowie die benötigte Tonnage festzustellen und die Kontingente festzusetzen hätte. Die daneben bestehenden Rohstoffzentralen werden zu Friedenswirtschaftsgesellschaften, die die Einzelkontingente aufteilen und die Rohstoffkäufe wegen der notwendigen Kontrolle durchzuführen; die Auftragserteilung bleibt aber dem einzelnen überlassen. Die Gesellschaften werden dadurch zu erweiterten Registrierstellen, denen zum Ausgleich und zur Berücksichtigung der kleinen und eventuell mittleren Industrie noch weitere Rechte eingeräumt werden können. Man gebe den Gesellschaften das Beanspruchungsrecht bis zu einem Viertel der bestellten Menge und mit der Bedingung der Uebernahme zum Kostenpreis. Die Gesellschaften dürfen aber keine Zwangskartelle sein.

Der Vorsitzende stellte in seinem Schlusswort die volle Einigkeit der Anwesenden über die Bildung von Einkaufskartellen für die Beschaffung von Rohstoffen nach Friedensschluß fest. Es seien jedoch schwerwiegende Bedenken gegen eine allzu große Einflussnahme des Staates auf die Führung der Aktion sowie insbesondere gegen die Fortdauer von Zwangsmaßnahmen über die Dauer des Krieges hinaus erhoben worden.